

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Margrit Wetzel, Dr. Ditmar Staffelt, Gerd Andres, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Andrea Fischer (Berlin), Werner Schulz (Leipzig), Kerstin Müller (Köln), Rezzo Schlauch und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 14/7295 –

Faire Wettbewerbsbedingungen für die Werftindustrie in Mecklenburg-Vorpommern

A. Problem

Die Gespräche der Bundesregierung mit der Europäischen Kommission haben es ermöglicht, dass die für die Werften in Mecklenburg-Vorpommern bis 2005 weiterhin geltenden Kapazitätsbegrenzungen ab 2001 flexibel gehandhabt werden können. Die Bundesregierung soll aufgefordert werden, weiterhin als engagierter Moderator zwischen den Unternehmen und der Europäischen Kommission aufzutreten. Außerdem soll die Bundesregierung den noch ausstehenden Sachstandsbericht über die Fortschritte beim Abschluss des Welthandelsabkommens im Schiffbau vorlegen sowie einen weiteren Bericht erstellen, der den Fortschritt der Verhandlungen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) bezüglich des Mandats, sich zur Überwachung und Bewertung der Einhaltung von Kreditbedingungen auch mit sektoralen Angelegenheiten zu befassen, darstellt.

B. Lösung

Annahme des Antrags der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Mehrheitliche Annahme des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 14/7295 – anzunehmen.

Berlin, den 12. Dezember 2001

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Dr. Heinz Riesenhuber
Vorsitzender

Werner Schulz (Leipzig)
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Werner Schulz (Leipzig)

I.

Der Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 14/7295 – wurde in der 198. Sitzung des Deutschen Bundestages am 8. November 2001 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung sowie zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss, den Finanzausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, den Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder, den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

II.

Die von der Republik Korea durchgeführte Dumpingpreispolitik, bei der Schiffe bis zu 40 % unter den eigenen Gesteungskosten angeboten werden, sowie der enge Rahmen der von der Europäischen Gemeinschaft festgelegten Produktionsbeschränkungen machen es den Werften unmöglich, auf technologisch bedingte Änderungen der Produktionsplanungen zu reagieren.

Trotzdem hat die Bundesregierung nach Gesprächen mit der Europäischen Kommission erreicht, dass die für die Werften in Mecklenburg-Vorpommern bis 2005 weiterhin geltenden Kapazitätsbegrenzungen flexibel gehandhabt werden können. Demzufolge soll sie ihre Anstrengungen fortsetzen, als engagierter Moderator zwischen den ostdeutschen Werften und der EU-Kommission zu wirken, um die Nutzung dieser neu gewonnenen Spielräume zu sichern.

Außerdem soll die Bundesregierung den noch ausstehenden Sachstandsbericht über die Fortschritte beim Abschluss des Welthandelsabkommens im Schiffbau vorlegen sowie einen weiteren Bericht über den Fortschritt der Verhandlungen mit dem IWF bezüglich des Mandats, sich zur Überwachung und Bewertung der Einhaltung von Kreditbedingungen auch mit sektoralen Angelegenheiten zu befassen, erstellen.

III.

Der **Auswärtige Ausschuss** hat die Vorlage in seiner 88. Sitzung am 12. Dezember 2001 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, FDP und PDS empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Finanzausschuss** hat die Vorlage in seiner 119. Sitzung am 12. Dezember 2001 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS

gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Haushaltsausschuss** hat die Vorlage in seiner 93. Sitzung am 12. Dezember 2001 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen** hat die Vorlage in seiner 73. Sitzung am 12. Dezember 2001 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder** hat die Vorlage in seiner 73. Sitzung am 12. Dezember 2001 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Abwesenheit der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat die Vorlage in seiner 70. Sitzung am 12. Dezember 2001 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP bei Abwesenheit der Fraktion der PDS empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat die Vorlage in seiner 85. Sitzung am 12. Dezember 2001 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP empfohlen, den Antrag anzunehmen.

IV.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag in seiner 70. Sitzung am 12. Dezember 2001 beraten.

Er beschloss mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP, dem Deutschen Bundestag die Annahme des Antrags der Koalitionsfraktionen – Drucksache 14/7295 – zu empfehlen.

Berlin, den 12. Dezember 2001

Werner Schulz (Leipzig)
Berichterstatter

